

Seite Drei

Papa schickt mich

Im Parlament und neu auch in der Leitung der SVP: Magdalena Martullo-Blocher tritt das Erbe ihres Vaters an. Gefährden politische Dynastien die Demokratie? Oder sind sie nur unappetitlich? Von David Hesse

Niemals ändern, was funktioniert. Christoph Blocher (77) verlässt die SVP-Parteispitze, dafür soll Tochter Magdalena Martullo-Blocher (48) nachrücken, eine von drei Vizepräsidenten werden. Ende Woche sind die Delegierten der Partei gebeten, die neue Leitung abzusegnen.

Dass sie seine Tochter sei, habe beim Entscheid «keine Rolle» gespielt, sagte Blocher senior. Man habe Martullo-Blocher angefragt, weil sie «fähig» sei. «Den Erfolg hat sie sich selber erarbeitet», kommentiert auch der Chefredaktor der «Handelszeitung». Der Vorwurf der «Erbfolge» sei verkehrt, die Firmenchefin und Multimilliardärin sicher keine «fille à papa».

Alles in Ordnung also, Politik wie immer? Kaum. Etwas mulmig darf es den Delegierten ruhig sein. Denn hier werden, daran ändern alle Fähigkeiten und Milliarden nichts, die Geschicke der Partei durch die Familie weitergereicht, scheint ein Vater der Tochter neben dem Namen, der Firma und dem Kapital nun auch noch die Partei zu vermachen.

Abdanken heisst verlieren

Innerfamiliärer Machttransfer, das klingt vordemokratisch, nach Merowingern, Hohenzollern. In Europa sollte das Geschichte sein, allenfalls darf eine Erinnerung fortleben in den zur Volksbelustigung beibehaltenen Königshäusern.

Heute sind es vor allem Autokraten, die dynastische Herrschaft pflegen, Diktatoren, die sich nicht trennen mögen von der Macht. Nordkorea Kim Jong-un hält Land und Volk in dritter Generation im Würgegriff, in Saudiarabien hat das Haus Saud gleich die Nation nach sich benannt. Auf Haiti gab «Papa Doc» Duvalier die Herrschaft an Sohn «Baby Doc» ab, der 1986 vom Volk verjagt wurde. Autokraten verstehen die Abdankung als Besitzverlust, nicht als Teil des politischen Prozesses. Die im post-sowjetischen Raum heute grassierende Herrschaft der Väter, Söhne, Töchter und Ehefrauen ist Indiz für ein Scheitern der Demokratie.

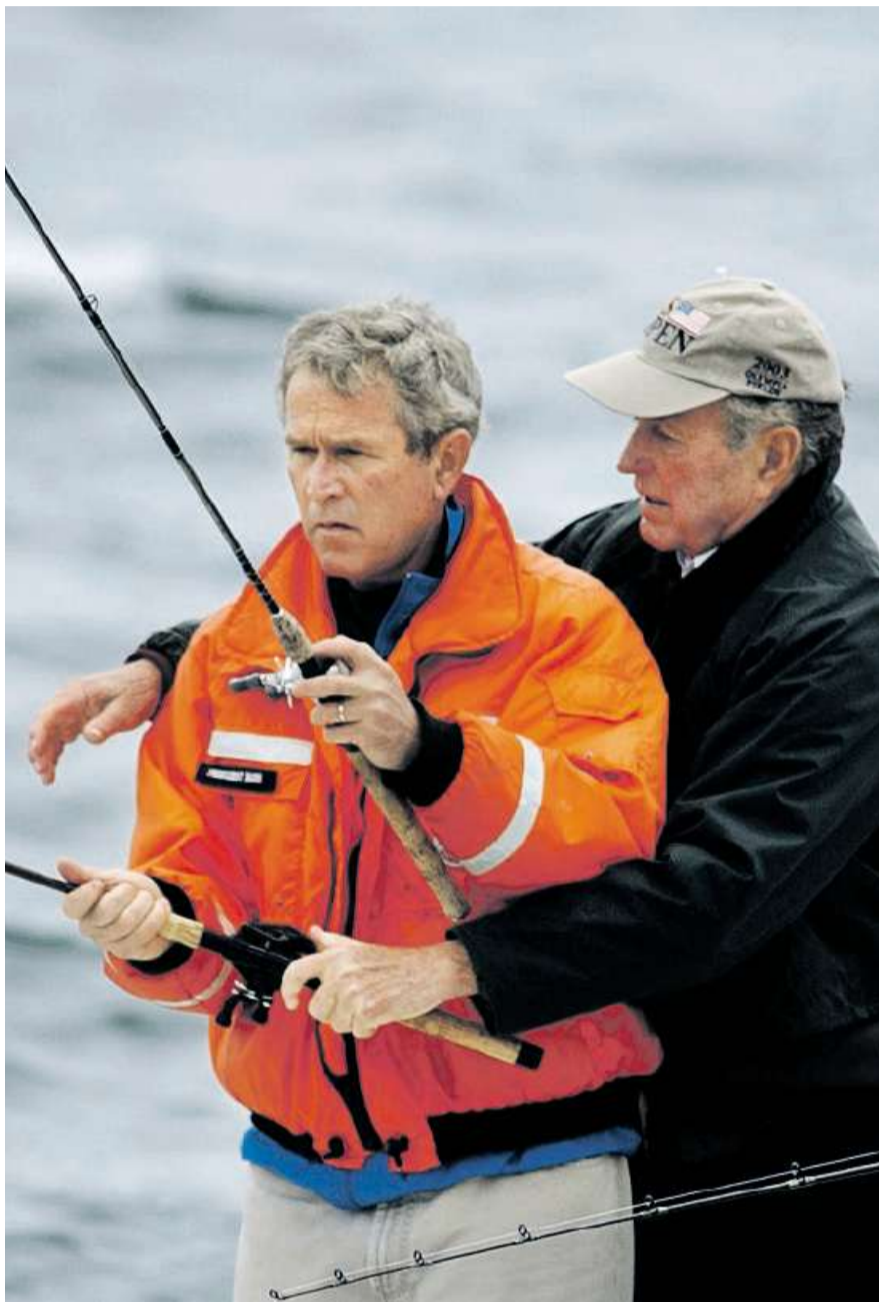
Aber Vorsicht: Auch in Demokratien gibt es Politydynastien, Familien, die immer wieder neue, einflussreiche Volksvertreter hervorbringen - Politologen sprechen von «demokratischen Dynastien». In Kanada regiert Justin Trudeau (46), Sohn des langjährigen Premiers Pierre Elliott Trudeau. In Frankreich waren zeitweilig drei Generationen Le Pens politisch aktiv. In Indien, der bevölkerungsstärksten Demokratie der Welt, wirkt die Familie Gandhi seit 70 Jahren im Herzen der Macht - mit Mahatma Gandhi ist sie nicht verwandt.

In den USA stellen die Familien Kennedy und Bush heute Staatsleute in vierter Generation: Joe Kennedy III (37) ist ein demokratischer, noch immer irischothaariger Abgeordneter aus Massachusetts, George P. Bush (41), mütterlicherseits latinodunkel, ist der einflussreiche Land Commissioner von Texas und ein Republikaner mit Zukunft.

Die Dominanz der Familie Bush ist bemerkenswert: Bei sechs der acht Präsidentschaftswahlen seit 1988 stand entweder der Name Bush oder Clinton auf dem Wahlzettel. Die Clintons sind trotzdem noch keine echte US-Dynastie: Hillary und Bill sind Aufsteiger, erst wenn Tochter Chelsea (38) für ein Amt kandidiert, beginnt der dynastische Fortsatz.

Auch die Schweiz hat ihre Machtfamilien, den Basler Daig, die Bernburger. «Reiche Familien prägen dieses Land», sagt der Basler Soziologe Ueli Mäder. In der Wirtschaft stehen hinter vielen erfolgreichen Firmen Familien - die Hoffmanns, La Roches, Hayeks, Bührels, Schmidheyns und, im Journalismus, die Ringiers und Coninx. Sie geben Geld und Einfluss durch die Jahrzehnte und manchmal Jahrhunderte weiter.

In der Bevölkerung geniessen diese Familien durchaus Sympathie, etwa als regionale Arbeitgeber in Zeiten der Globalisierung: lieber eine lokal verankerte Sippe als ein anonymer Investmentfonds. Die Politik aber sollen sie nicht auch noch dominieren: Die Schweiz ist stolz auf ihr offenes Milizsystem, in dem



Für Volk und Fisch: George H. W. Bush (rechts) mit Sohn George W. Fotos: Getty Images

Die Bushs und Kennedys stellen Staatsleute in vierter Generation.

auch der Bauer Politik machen kann. Das sei mehr als Wunschdenken, sagt Felix Bühlmann, Soziologe an der Universität Lausanne. Die politische Elite sei wirklich «die sozial offenste», also in Sachen Herkunft und Ausbildung durchlässiger als etwa Wirtschaftskreise. Obwohl auch in der Politik heute Juristen und höhere Berufe dominierten, habe es «noch immer am meisten Bauern, Angestellte oder KMU-Vertreter».

Und doch: Eine Tendenz zur «sphärenübergreifenden, sich über Jahre festigenden Machtelite» gebe es auch in der Schweiz, sagt Bühlmann, und im Vergleich zu anderen Ländern sei diese Tendenz «eher kräftig». Der frühere Zürcher Regierungsrat und Swissair-Verwaltungsratspräsident Eric Honegger war ein Bundesratssohn, Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf eine Bundesrats-tochter, und die Mutter der Zürcher Stadtpräsidentin Corine Mauch war lange Jahre SP-Nationalrätin.

Immerhin reich und unkäuflich

Sind Dynastien ein Problem? Aber nein, sagen ihre Vertreter, eher ein Gewinn. Sie entstehen ganz natürlich, wenn politisch aktive Eltern den Nachwuchs prägen, ihm vorleben, was Einsatz und Verantwortung seien. Das wecke Interesse, es selbst zu versuchen. Oft stehen die Eltern den Kindern dann ein Leben lang bei: George W. Bush beschreibt in seinen Memoiren, wie er vom Weissen Haus aus telefonisch Rat bei Papa suchte, dem Ex-Präsidenten. Ein Familien-Think-Tank. Auch das Geld vieler Machtdynastien lässt sich positiv sehen: Geld macht unabhängig, unkäuflich. Seine Tochter könne der Partei ohne Angst Dampf machen, sagte Christoph Blocher in «10 vor 10»: «Wenn sie sie rauswerfen, wird sie nicht armengeduldig.» Das Vermögen der Blochers wird auf 11,5 Milliarden Franken geschätzt.

Fachleute derweil sehen Politydynastien kritischer. Ersten weil politisch aktive Wirtschaftseliten mit dafür verantwortlich sind, dass Geld vermehrt regiert: «Das Portemonnaie wird für das Erlangen der Macht auch in der Schweiz wieder wichtiger», sagt Soziologe Ueli Mäder. Nicht mehr nur Geschick und Fleiss brächten jemanden auf politische Posten, sondern monetärer Einfluss.

Zweitens geniessen Dynastien unverdiente Startvorteile. Ist ein Politikernamen bereits etabliert, fassen wir Wähler schneller Vertrauen. Die «New York Times» hat errechnet, dass der Sohn eines US-Senators mit 8500-mal grösserer Wahrscheinlichkeit Senator wird als ein politisch unbeleckter gleichaltriger Amerikaner. Wer einen Namen hat, verzichtet eher auf die Ochsentour, steigt gleich oben ein - wie Martullo-Blocher, die direkt Nationalrätin wurde, ohne politische Erfahrung jenseits des Familientischen. Auf diese Weise erhält das Land nicht zwingend die besten Politiker. Wenn grosse Namen eher gewählt werden, bleiben fähige Unbekannte zurück.

Weiter ist da die Frage der Loyalität: Für wen wirtschaften die Familienleute, für den Staat oder den Clan? Auf Schweizer Bankkonten liegen viele Millionen, die afrikanische und zentralasiatische Politfamilien abgezweigt haben. Dass der amtierende US-Präsident seine Kinder einbindet, sie Geschäft mit Politikern lässt, alarmiert viele Politbeobachter mehr als alles andere in den USA.

Schliesslich kommen mit Verwandten immer auch alte Ideen ins Haus. Dass George W. Bush in den Irak gezogen ist, hatte auch mit Papas Golfkrieg zu tun. In seinen Memoiren beschreibt der Junior, wie er selbst die Kriegsreden seines Vaters wörtlich zitierte - unbewusst.

Zuletzt birgt Familienherrschaft immer auch die Gefahr des Gezänks: Die Le Pens verkrachten sich, in Singapur streitet der Premier öffentlich mit seinen Geschwistern. «Enge familiäre Bande sind auch anfällig für undurchsichtige Konflikte», sagt Ueli Mäder. Ob in Krach oder Kumpanei: Familien seien Gemeinschaften, die viel Energie absorbieren.

Energie, die auch dem Land zugutekommen könnte.

Familien sind anfällig für Kumpanei und auch für Streit.



Da vertragen sie sich noch: Jean-Marie (links) mit Tochter Marine Le Pen.